

# Amtsblatt

## für den Landkreis Forchheim

Nr. 18 / 2020

Mittwoch, 24. Juni 2020

26. Woche

Herausgeber: Landratsamt Forchheim  
Am Streckerplatz 3  
91301 Forchheim

Telefon: (091 91) 86 - 1001  
Telefax: (091 91) 86 - 1008

E-Mail: BueroLandrat@lra-fo.de  
www.lra-fo.de

1.

### Nachruf

Wir trauern um unseren ehemaligen Mitarbeiter

## Herrn Hans Heilmann

der im Alter von 79 Jahren verstorben ist.

Herr Heilmann wurde am 10.04.1967 als Mitarbeiter im Bereich Straßenbau für den Tiefbauhof des Landkreises Forchheim eingestellt. Am 27.11.1968 legte er erfolgreich die Prüfung zum Straßenwärter ab. Mit Ablauf des 30.09.2002 ging Herr Heilmann in den wohlverdienten Ruhestand.

Herr Heilmann war ein äußerst zuverlässiger und engagierter Mitarbeiter, der sich sowohl bei Vorgesetzten als auch bei Kollegen größter Wertschätzung und Beliebtheit erfreute. Er hat sich zudem im Personalrat für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen engagiert.

Wir danken dem Verstorbenen für seine langjährigen treuen Dienste und werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Unser ganzes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Forchheim, 14.04.2020

Landratsamt  
**Dr. Hermann Ulm**  
Landrat

für den Personalrat  
**Klaus Ponner**  
Personalratsvorsitzender

#### Inhaltsverzeichnis:

##### Landratsamt:

1. Nachruf: Hans Heilmann
2. Allgemeinverfügung des Landratsamtes Forchheim über die Verwendung von Nachsichttechnik zur Bejagung von Schwarzwild sowie Widerruf diesbezüglich bereits erteilter Ausnahmegenehmigungen und waffenrechtlicher Beauftragungen vom 17.06.2020
3. Einwohnerzahlen am 31.12.2019
4. Stellenanzeigen:
  - eine/n Verkehrsplaner/in (m/w/d) für den Fachbereich ÖPNV
  - eine/n IT-Systemadministrator/-in (m/w/d) für die EDV-Abteilung als Projektleiter für die Umsetzung des „Digital-Pakts Schule“
  - zwei Mitarbeiter/innen (m/w/d) für das Entsorgungszentrum Gosberg in Vollzeit. Voraussetzung hierfür ist die Führerscheinklasse CE, eine abgeschlossene handwerkliche Be-

rufsausbildung wäre wünschenswert.

5. Stellenanzeige:  
Kulturreferenten/in und Leiter/in des Amtes für Kultur, Volkshochschule, Sport
6. Satzung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Marloffsteiner Gruppe ((Verbandssatzung))
7. Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG); Genehmigungsverfahren gem. § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) für wesentliche Änderungen des Kalksteinbruchs Gräfenberg der Fa. Bärnreuther + Deuerlein Schotterwerke GmbH & Co. KG, Dillberg 3, 92353 Postbauer-Heng
8. Stellenanzeige: Mitarbeiter (m/w/d) zur Ermittlung/Nachverfolgung von Kontaktpersonen und Unterstützung des Gesundheitsamtes

##### Sparkasse Forchheim:

1. Kraftloserklärung

2.

**Allgemeinverfügung**

**des Landratsamtes Forchheim über die Verwendung von Nachsichttechnik zur Bejagung von Schwarzwild sowie Widerruf diesbezüglich bereits erteilter Ausnahmegenehmigungen und waffenrechtlicher Beauftragungen**

**vom 17.06.2020**

Aufgrund des Art. 29 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Jagdgesetzes (BayJG) in Verbindung mit § 19 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a des Bundesjagdgesetzes (BJagdG) erlässt das Landratsamt Forchheim folgende Einzelanordnung im Wege der Allgemeinverfügung:

I. In Einschränkung des Verbots des § 19 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe a BJagdG ist es im Rahmen der geltenden rechtlichen Vorschriften Inhabern eines gültigen Jagdscheins im Sinne von § 15 Abs. 2 BJagdG gestattet,

- künstliche Lichtquellen,
- Vorrichtungen zum Anstrahlen oder Beleuchten des Ziels und
- Nachtzielgeräte, die einen Bildwandler oder eine elektronische Verstärkung besitzen, wobei ausschließlich die waffenrechtlich gem. § 40 Abs. 3 Satz 4 WaffG zulässigen Nachsichtvorsätze und Nachsichtaufsätze erfasst sind,

sowohl in Verbindung mit einer Jagdlangwaffe als auch ohne Verbindung zu einer Jagdlangwaffe im Landkreis Forchheim für die Bejagung von ausschließlich Schwarzwild einschließlich des Ein- und Anschießens im Jagdrevier zu verwenden.

II. Diese Allgemeinverfügung steht unter dem Vorbehalt ihres Widerrufs.

III. Diese Allgemeinverfügung ersetzt alle bisher von der Unteren Jagdbehörde des Landratsamtes Forchheim erteilten jagdrechtlichen Ausnahmegenehmigungen zur Verwendung der unter Nr. I dieser Allgemeinverfügung genannten Nachsichttechnik bei der Schwarzwildbejagung. Mit Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung werden diese bisher im Einzelfall erteilten jagdrechtlichen Ausnahmegenehmigungen zur Verwendung von „Dualuse“-Nachsichtvorsatzgeräten in Verbindung mit dem Zielhilfsmittel einer Jagdlangwaffe und IR-Strahler bei der Jagd auf Schwarzwild sowie die nach § 40 Abs. 2 des Waffengesetzes (WaffG) bisher erteilten waffenrechtlichen Beauftragungen zur Reduzierung der Schwarzwildpopulation für die Zukunft widerrufen.

IV. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Forchheim in Kraft.

**Hinweis:**

Die Verwendung der oben genannten Technik auf Schießständen ist für Jäger ohne jagdrechtliche Genehmigung zulässig.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht Bayreuth in 95444 Bayreuth** erhoben werden. Die Klage kann schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden. Die Anschrift lautet:

**Bayerisches Verwaltungsgericht Bayreuth**

**Postfachanschrift: Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth,**

**Hausanschrift: Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth**

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

**Allgemeiner Hinweis:**

Gemäß Art. 41 Abs. 4 Satz 1 BayVwVfG ist nur der verfügende Teil der Allgemeinverfügung öffentlich bekannt zu machen. Die Allgemeinverfügung liegt mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung im Landratsamt Forchheim, Fachbereich öffentliche Sicherheit und Ordnung, Zimmer Nr. 332, Am Streckerplatz 3, 91301 Forchheim, aus. Sie kann während der allgemeinen Öffnungszeiten des Landratsamtes Forchheim eingesehen werden.

gez.

Becher

Regierungsdirektorin

3.

**Einwohnerzahlen am 31.12.2019**

<b>Gemeinde</b>	<b>Einwohner</b>
Dormitz	2 059
Ebermannstadt, Stadt	6 978
Effeltrich	2 550
Eggolsheim, Markt	6 587
Egloffstein, Markt	2 061
Forchheim, Große Kreisstadt	32 260

Gößweinstein, Markt	4 044	abgerufen werden.
Gräfenberg, Stadt	4 152	
Hallerndorf	4 202	Forchheim, 22.06.2020
Hausen	3 792	
Heroldsbach	5 061	Landratsamt
Hetzles	1 350	Dr. Ulm
Hiltpoltstein, Markt	1 542	Landrat
Igensdorf, Markt	5 084	
Kirchehrenbach	2 208	
Kleinsendelbach	1 459	
Kunreuth	1 429	
Langensendelbach	3 124	4.
Leutenbach	1 662	
Neunkirchen a.Br., Markt	8 121	
Obertrubach	2 211	
Pinzberg	1 970	
Poxdorf	1 494	
Pretzfeld, Markt	2 356	
Unterleinleiter	1 192	
Weilersbach	1 997	
Weißenohe	1 171	
Wiesenthau	1 607	
Wiesental, Markt	2 480	
<b>insgesamt</b>	<b>116 203</b>	

Das Verzeichnis enthält die auf Basis Zensus 2011 fortgeschriebenen Einwohnerzahlen zum Stand 31. Dezember 2019.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Einwohnerzahl am 31. Dezember 2019 gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Bayerische Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz - FAGDV) vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 418, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. April 2020 (GVBl. S. 270), auch für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen, der Zuweisungen nach Art. 7 (Kopfbeträge) und 9 BayFAG, der Investitionspauschalen nach Art. 12 BayFAG, der Zuweisungen nach Art. 15 BayFAG, der Krankenhausumlage nach Art. 10b Abs. 2 BayFAG sowie für die Ermittlung von Durchschnittszahlen je Einwohner für das Haushaltsjahr 2021 (Finanzausgleichsjahr) maßgebend ist.

Weiterhin können die Einwohnerzahlen regelmäßig auf der Datenbank Genesis Online des Bayerischen Landesamtes für Statistik unter folgendem Link

[https://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?sequenz=TableErgebnis&selectionname=12411-009r&zeitscheiben=1&regionaImerkmal=GEMEIN&regionalschlüssel=\\*](https://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?sequenz=TableErgebnis&selectionname=12411-009r&zeitscheiben=1&regionaImerkmal=GEMEIN&regionalschlüssel=*)

Der **Landkreis Forchheim** sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

- eine/n **Verkehrsplaner/in** (m/w/d) für den **Fachbereich ÖPNV**
- eine/n **IT-Systemadministrator/-in** (m/w/d) für die EDV-Abteilung **als Projektleiter für die Umsetzung des „DigitalPakts Schule“**
- zwei Mitarbeiter/innen** (m/w/d) für das **Entsorgungszentrum Gosberg in Vollzeit**. Voraussetzung hierfür ist die Führerscheinklasse CE, eine abgeschlossene handwerkliche Berufsausbildung wäre wünschenswert.

Detaillierte Informationen über die Modalitäten und Voraussetzungen, die Bestandteil dieser Stellenausschreibungen sind, finden Sie auf unserer Homepage unter:  
[www.landkreis-forchheim.de/karriere](http://www.landkreis-forchheim.de/karriere)



5.

Der **Landkreis Forchheim** sucht zum 01.01.2021 eine/n Mitarbeiter/in (m/w/d) als

**Kulturreferenten/in und Leiter/in des Amtes für Kultur, Volkshochschule, Sport**

Detaillierte Informationen über die Modalitäten und Voraussetzungen, die Bestandteil dieser Stellenausschreibung sind, finden Sie auf unserer Homepage unter:  
[www.landkreis-forchheim.de/karriere](http://www.landkreis-forchheim.de/karriere)





# ZWECKVERBAND ZUR WASSERVERSORGUNG DER MARLOFFSTEINER GRUPPE

6.

## SATZUNG DES ZWECKVERBANDES ZUR WASSERVERSORGUNG DER MARLOFFSTEINER GRUPPE (VERBANDSSATZUNG)

Die Gemeinden, Dormitz, Marloffstein, Neunkirchen a. Brand und Uttenreuth schließen sich gemäß Art. 17 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl S. 555 ), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2019 (GVBl S. 98) zu einem Zweckverband zusammen und vereinbaren folgende Verbandssatzung

### I. Allgemeine Vorschriften

#### § 1

##### Rechtsstellung

- (1) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband zur Wasserversorgung der Marloffsteiner Gruppe“. Er ist Körperschaft des öffentlichen Rechts.
- (2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Dormitz.

#### § 2

##### Verbandsmitglieder

- (1) Verbandsmitglieder sind die Gemeinden  
Dormitz  
Marloffstein  
Neunkirchen am Brand  
Uttenreuth
- (2) Andere Gemeinden können dem Zweckverband beitreten. Der Beitritt bedarf einer Änderung der Verbandssatzung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (3) Jedes Verbandsmitglied kann zum Schluss eines Rechnungsjahres aus dem Zweckverband austreten, wenn die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl zustimmt. Der Austritt muss mindestens ein Jahr vorher schriftlich erklärt werden; er bedarf einer Änderung der Verbandssatzung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Das Recht, aus wichtigem Grunde zu kündigen (Art. 46 Abs. 2 KommZG) bleibt unberührt.

#### § 3

##### Räumlicher Wirkungsbereich

Der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes umfasst das Gemeindegebiet

der Gemeinde Marloffstein  
bezüglich der Gemeindeteile  
Adlitz  
Atzelsberg  
Rathsberg  
Marloffstein

der Gemeinde Dormitz

des Marktes Neunkirchen am Brand  
bezüglich des Gemeindeteiles Rosenbach

der Gemeinde Uttenreuth  
bezüglich des Gemeindeteiles Weiher

Verbandssatzung ZV zur Wasserversorgung der Marloffsteiner Gruppe vom 16. Juni 2020

**§ 4**

**Aufgaben**

- (1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, eine gemeinsame Wasserversorgungsanlage einschließlich der Ortsnetze zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten, die Anlage im Bedarfsfall zu erweitern und bereits vorhandene Ortsnetze zu übernehmen. Er versorgt im Verbandsgebiet die Endverbraucher mit Trinkwasser, das den einschlägigen DIN-Vorschriften entsprechen muss.  
Außerhalb des Verbandsgebietes ist die Wasserlieferung an Zweckverbände, Gemeinden und Gemeindeverbände (Wassergäste) mit Beschluss möglich.
- (2) Der Zweckverband erfüllt seine Aufgaben ohne Gewinnabsicht. Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Bereich der Hoheitsverwaltung.
- (3) Das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder, die dem Zweckverband übertragenen Aufgaben zu erfüllen und die notwendigen Befugnisse, gehen auf den Zweckverband über.
- (4) Der Zweckverband hat das Recht, an Stelle der Verbandsmitglieder Satzungen und Verordnungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen.
- (5) Der Zweckverband liest die Zähler der Hausanschlüsse selbst ab.

**II. Verfassung und Verwaltung**

**§ 5**

**Verbandsorgane**

Die Organe des Zweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung
2. Der Verbandsvorsitzende

**§ 6**

**Zusammensetzung der Verbandsversammlung**

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und den übrigen Verbandsräten.
- (2) Die Zahl der Vertreter die ein Verbandsmitglied in die Verbandsversammlung entsendet, richtet sich nach der Zahl der vorhandenen Hausanschlüsse zum 01. Mai des Jahres, in dem allgemeine Gemeinderatswahlen stattfinden, wobei je 100 angefangene Anschlüsse das Recht ergeben, einen Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden. Jedes Verbandsmitglied entsendet mindestens einen Verbandsrat.
- (3) Jeder Verbandsrat hat einen Stellvertreter für den Fall seiner Verhinderung; Verbandsräte können nicht Stellvertreter sein Die Verbandsräte und ihre Stellvertreter sind von den Verbandsmitgliedern dem Verbandsvorsitzenden - ist ein solcher noch nicht gewählt, der Aufsichtsbehörde - schriftlich zu benennen. Beamte und Angestellte des Zweckverbandes können nicht Mitglieder der Verbandsversammlung sein.
- (4) Für Verbandsräte, die Kraft ihres Amtes der Verbandsversammlung angehören, endet das Amt als Verbandsrat mit dem Ende Ihres kommunalen Wahlamtes; entsprechendes gilt auch für ihre Stellvertreter. Die anderen Verbandsräte und ihre Stellvertreter werden durch Beschluss der Vertreterorgane der Verbandsmitglieder bestellt, und zwar für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungsorgane, wenn Mitglieder dieser Organe bestellt werden, andernfalls für sechs Jahre. Die Bestellung nach Satz 2 kann durch Beschluss der Vertretungsorgane aus

wichtigem Grund widerrufen werden, sie ist zu widerrufen, wenn ein Verbandsrat, der dem Vertretungsorgan eines Verbandsmitgliedes angehört, vorzeitig aus dem Wahlamt oder der Vertretungskörperschaft ausscheidet. Die Verbandsräte und ihre Stellvertreter üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Verbandsräte weiter aus.

## **§ 7**

### **Einberufung der Verbandsversammlung**

- (1) Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsitzenden schriftlich oder elektronisch einberufen.
- (2) Die Einladung muss Tagungszeit und -ort und die Beratungsgegenstände angeben und den Verbandsräten spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Frist bis auf vierundzwanzig Stunden abkürzen.
- (3) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie muss außerdem einberufen werden, wenn es ein Drittel der Verbandsräte oder die Aufsichtsbehörde oder das Bayer. Landesamt für Wasserversorgung und Gewässerschutz unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt.

## **§ 8**

### **Sitzungen der Verbandsversammlung**

- (1) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Beratungsgegenstände der Verbandsversammlung vor. Er leitet die Sitzung und handhabt die Ordnung während der Sitzung.
- (2) Verwaltungspersonal der Verwaltungsgemeinschaft Dormitz sowie die mit der technischen Betriebsführung beauftragten Erlanger Stadtwerke haben das Recht, an den Sitzungen teilzunehmen. Auf Antrag ist ihnen das Wort zu erteilen. Die Verbandsversammlung kann auch andere Personen hören.

## **§ 9**

### **Beschlüsse und Wahlen in der Verbandsversammlung**

- (1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Verbandsräte ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Verbandsräte anwesend und stimmberechtigt sind. Über andere als in der Einladung angegebenen Beratungsgegenstände darf nur dann Beschluss gefasst werden, wenn alle Verbandsräte erschienen und mit einer Beschlussfassung einverstanden sind.
- (2) Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit, die nicht auf persönliche Beteiligung der Mehrheit der Verbandsräte beruht, innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal zur Verhandlung über den selben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig; auf diese Folge ist in der zweiten Ladung ausdrücklich hinzuweisen.
- (3) Soweit das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit oder diese Verbandssatzung nicht etwas anderes vorschreiben, werden die Beschlüsse der Verbandsversammlung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst; es wird offen abgestimmt. Jeder Verbandsrat hat eine Stimme. Solange ein Verbandsmitglied keine anderen Vertreter bestellt hat, übt der erste Bürgermeister das Stimmrecht aller Vertreter aus. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Kein Verbandsrat darf sich der Stimme enthalten, enthält sich ein Verbandsrat trotzdem der Stimme, so gehört er nicht zu den Abstimmenden.
- 4) Bei Wahlen gelten die Abs. 1 bis 3 entsprechend; die Vorschriften über die persönliche Beteiligung finden keine Anwendung. Es wird geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer mehr als

die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahl statt. Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los. Haben im ersten Wahlgang drei oder mehr Bewerber die gleiche Anzahl von Stimmen erhalten, so entscheidet das Los, welche Bewerber in die Stichwahl kommen. Hat ein Bewerber die höchste, zwei oder mehr Bewerber die gleiche nächst höhere Stimmenzahl erhalten, so entscheidet das Los, wer von diesen in die Stichwahl mit dem Bewerber der höchsten Stimmenzahl kommt.

- (5) Die Beschlüsse der Wahlergebnisse sind unter Angabe von Tag und Ort der Sitzung, den Namen der anwesenden Verbandsräte, der Abstimmungsergebnisse (Stimmenverhältnis) in ein Beschlussbuch einzutragen und von dem Verbandsvorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Als Schriftführer kann eine Dienstkraft des Zweckverbandes oder eines Verbandsmitgliedes, soweit dieses zustimmt, zugezogen werden. Verbandsräte, die einem Beschluss nicht zugestimmt haben, können bis zum Schluss der Sitzung verlangen, dass das in der Niederschrift vermerkt wird. Abschriften der Niederschrift sind unverzüglich den Verbandsmitgliedern und der Aufsichtsbehörde zu übermitteln.

## **§ 10**

### **Zuständigkeit der Verbandsversammlung**

- (1) Die Verbandsversammlung ist ausschließlich zuständig für:
1. die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen;
  2. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen;
  3. die Beschlussfassung über die jährliche Haushaltssatzung;
  4. die Beschlussfassung über den Stellenplan für die Dienstkräfte;
  5. die Feststellung und endgültige Anerkennung der Rechnungen;
  6. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters, sowie die Festsetzung von Entschädigungen;
  7. die Bildung, Besetzung und Auflösung von Ausschüssen;
  8. den Erlass, die Änderung oder Aufhebung der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung;
  9. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Betriebsordnung;
  10. die Beschlussfassung über die Änderung der Verbandssatzung, die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern.
- (2) Die Verbandsversammlung beschließt ferner über die anderen ihr nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zugewiesenen Aufgaben. Näheres regelt die Verbandsversammlung in ihrer Geschäftsordnung.

## **§ 11**

### **Rechtsstellung der Verbandsräte**

- (1) Die Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Verbandsräte erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Verbandsversammlung und des Rechnungsprüfungsausschusses – unabhängig von der Sitzungsdauer und einschließlich der



Fahrtkosten – eine pauschale Entschädigung. Die Höhe der Entschädigung wird durch eine gesonderte Satzung geregelt.

## **§ 12**

### **Wahl des Verbandsvorsitzenden**

- (1) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt.
- (2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, sind Sie auf die Dauer dieses Amtes gewählt. Sie üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Amtsantritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden weiter aus.

## **§ 13**

### **Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden**

- (1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen.
- (2) Der Verbandsvorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und erledigt in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nach der Gemeindeordnung Kraft Gesetz des dem ersten Bürgermeister zu kommen. Er erfüllt die ihm im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zugewiesenen weiteren Aufgaben.
- (3) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsitzenden unbeschadet des § 10 Abs. 1 weitere Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen werden.
- (4) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse seinem Stellvertreter und laufende Verwaltungsangelegenheiten Dienstkräften der Verwaltungsgemeinschaft Dormitz oder mit Zustimmung eines Verbandsmitglieds dessen Dienstkräften übertragen.
- (5) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform, bei Vorliegen der Voraussetzungen können diese auch elektronisch erfolgen.
- (6) Näheres zu den Zuständigkeiten des Verbandsvorsitzenden regelt die Verbandsversammlung in ihrer Geschäftsordnung.

## **§ 14**

### **Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden**

Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Unbeschadet des § 11 erhält der Verbandsvorsitzende für seine Tätigkeit nach § 13 eine zusätzliche Aufwandsentschädigung, ebenso sein Stellvertreter nach dem Maß seiner besonderen Inanspruchnahme. Die Höhe der Entschädigung wird durch gesonderte Satzung geregelt.

## **§ 15**

### **Geschäftsstelle des Zweckverbandes**

Der Zweckverband wird durch die Verwaltungsgemeinschaft Dormitz verwaltet und unterhält keine eigene Geschäftsstelle.

## **§ 16**

### **Dienstkräfte des Zweckverbandes**

Die Aufgaben der Geschäftsleitung obliegen dem Verbandsvorsitzenden. Die Verbandsversammlung kann per Beschluss eine andere geeignete Person zur Geschäftsleitung benennen.

## **III. Wirtschafts- und Haushaltsführung**



**§ 17**  
**Anzuwendende Vorschriften**

Für die Wirtschafts- und Haushaltsführung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften für Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern entsprechend, soweit sich nicht aus dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit etwas anderes ergibt.

**§ 18**  
**Haushaltssatzung**

- (1) Der Entwurf der Haushaltssatzung ist den Verbandsmitgliedern spätestens einen Monat vor dem Beschluss der Verbandsversammlung über die Haushaltssatzung bekanntzugeben.
- (2) Die Haushaltssatzung ist spätestens einen Monat vor Beginn des Rechnungsjahres zu beschließen und mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.
- (3) Die Haushaltssatzung wird, wenn rechtsaufsichtlich Genehmigungen erforderlich sind, nach Erteilung der Genehmigungen, sonst vier Wochen nach der Vorlage an die Aufsichtsbehörde nach § 22 Abs. 1 bekanntgemacht.

**§ 19**  
**Deckung des Finanzbedarfs**

- (1) Der Zweckverband erhebt von den Wasserabnehmern Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabenrechts.
- (2) Der durch Gebühren, Beiträgen und sonstige Einnahmen (z.B. Darlehen und Zuschüsse) nicht gedeckte Finanzbedarf für die Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Wasserversorgungsanlage wird auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Investitionsumlage). Umlegungsschlüssel ist das Verhältnis der Einwohnerzahl nach dem vom Bayer. Statistischen Landesamt festgestellten Stand vom 31. Dezember des letzten Jahres.
- (3) Der durch Gebühren, Beiträgen und sonstige Einnahmen nicht gedeckte laufende Finanzbedarf wird auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Betriebskostenumlage). Umlegungsschlüssel ist das Verhältnis der im vorletzten Jahr im Gebiet der einzelnen Verbandsmitglieder abgenommenen Wassermengen.

**§ 20**  
**Festsetzung und Zahlung der Umlagen**

- (1) Die Investitionsumlage und die Betriebskostenumlage werden in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr neu festgesetzt. Sie können nur während des Rechnungsjahres durch eine Nachtragshaushaltssatzung geändert werden.
- (2) Bei der Festsetzung der Investitionsumlage ist anzugeben:
  - a) die Höhe des durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckten Finanzbedarfs für die Errichtung und Erneuerung der Wasserversorgungsanlage (Umlagesoll);
  - b) die Gesamteinwohnerzahl aller Verbandsmitglieder und die Einwohnerzahl jedes Verbandsmitglieds (Bemessungsgrundlage);
  - c) der je Einwohner entfallende Anteilsbetrag (Umlagesatz);
  - d) die Höhe des Investitionsumlagebetrages für jedes Verbandsmitglied.
- (3) Bei der Festsetzung der Betriebskostenumlage ist anzugeben:

- a) die Höhe des durch Gebühren, Beiträgen und sonstige Einnahmen nicht gedeckten laufenden Finanzbedarfs (Umlagesoll);
  - b) die im vorletzten Jahr insgesamt abgenommene Wassermenge (Bemessungsgrundlage) aller Verbandsmitglieder und des einzelnen Verbandsmitgliedes;
  - c) der Betriebskostenumlage, der auf je volle 50 cbm der im vorletzten Jahr abgenommenen Wassermenge trifft (Umlagesatz);
  - d) die Höhe des Betriebskostenumlagebetrages für jedes Verbandsmitglied.
- (4) Die Umlagebeträge sind den einzelnen Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen (Umlagebescheid).
- (5) Die Investitionsumlage und die Betriebskostenumlage werden mit einem Viertel ihrer Jahresbeträge am 10. jedes dritten Quartalsmonats fällig. Werden sie nicht rechtzeitig entrichtet, so können von den säumigen Verbandsmitgliedern Verzugszinsen bis zu 1 v.H. für den Monat gefordert werden.
- (6) Ist die Investitionsumlage oder die Betriebskostenumlage bei Beginn des Rechnungsjahres noch nicht festgesetzt, so kann der Zweckverband bis zur Festsetzung vorläufige vierteljährliche Teilbeträge in Höhe der im abgelaufenen Rechnungsjahr zuletzt erhobenen Teilbeträge erheben. Nach Festsetzung der Umlage für das laufende Rechnungsjahr ist über die vorläufigen Zahlungen zum nächsten Fälligkeitstpunkt abzurechnen.

#### **§ 21**

##### **Kassenverwaltung**

Die Verwaltungs- und Kassengeschäfte sind der Verwaltungsgemeinschaft Dormitz übertragen. Die Übertragung endet mit der Beendigung des zwischen dem Zweckverband und der Verwaltungsgemeinschaft Dormitz abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrags.

#### **§ 22**

##### **Jahresrechnung, Prüfung**

- (1) Der Verbandsvorsitzende legt die Jahresrechnung der Verbandsversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Rechnungsjahres vor.
- (2) Die Jahresrechnung wird von einem Prüfungsausschuss binnen drei Monaten örtlich geprüft werden. Der Prüfungsausschuss ist aus der Mitte der Verbandsversammlung zu bilden. Er besteht aus drei Verbandsräten.
- (3) Nach der örtlichen Prüfung wird die Jahresrechnung von der Verbandsversammlung festgestellt.
- (4) Nach der Feststellung der Jahresrechnung veranlasst der Verbandsvorsitzende die überörtliche Rechnungsprüfung und die Prüfung durch den Bilanzprüfer.. Überörtliches Prüfungsorgan ist der Bayerische Kommunale Prüfungsverband München.
- (5) Auf Grund des Ergebnisses der überörtlichen Rechnungsprüfung beschließt die Verbandsversammlung endgültig die Anerkennung der Jahresrechnung.

#### **IV. Schlussbestimmungen**

#### **§ 23**

##### **Öffentliche Bekanntmachungen**

- (1) Die Satzungen und Verordnungen des Zweckverbandes werden im Amtsblatt der Aufsichtsbehörde (Landratsamt Forchheim) bekanntgemacht. Die Verbandsmitglieder weisen in der für die Bekanntmachung ihrer Satzungen vorgesehenen Form auf diese Bekanntmachung hin. Die Satzungen

und Verordnungen können in der Verwaltungsgemeinschaft Dormitz (Rathaus Dormitz) eingesehen werden.

- (2) Sonstige öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes sind in ortsüblicher Weise vorzunehmen. Die Aufsichtsbehörde kann darüber hinaus eine Veröffentlichung in ihrem Amtsblatt anordnen.

#### **§ 24**

##### **Besondere Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde**

- (1) Die Aufsichtsbehörde kann die Verbandsversammlung auch einberufen, wenn der/die Vorsitzende und seine/ihre Stellvertreter verhindert sind und die Tagung der Verbandsversammlung unaufschiebbar ist.
- (2) Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und den Verbandsmitgliedern, wenn sie sich gleichgeordnet gegenüberstehen, und bei Streitigkeiten der Mitglieder des Zweckverbandes untereinander aus dem Verbandsverhältnis, ist die Aufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

#### **§ 25**

##### **Auflösung**

- (1) Die Auflösung des Zweckverbandes bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsgemäßen Stimmenzahl in der Verbandsversammlung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Auflösung ist wie die Verbandssatzung bekanntzumachen.
- (2) Findet eine Abwicklung statt, so haben die beteiligten Gemeinden das Recht, die auf ihrem Gebiet gelegenen Gegenstände des Anlagevermögens des Zweckverbandes zum geschätzten Zeitwert zu übernehmen. Im übrigen ist das Vermögen nach Befriedigung der Gläubiger an die Verbandsmitglieder unter Anrechnung der übernommenen Gegenstände im Verhältnis der von ihnen insgesamt entrichteten Investitionsumlagebeträge zu verteilen. Soweit das Vermögen die entrichteten Investitionsumlagebeträge übersteigt, darf es nur für steuerbegünstigte Zwecke verwendet werden.
- (3) Scheidet ein Verbandsmitglied aus dem Zweckverband aus, ohne dass dadurch der Zweckverband aufgelöst wird, so wird es mit dem Betrag abgefunden, den es bei der Auflösung erhalten würde, wenn der Zweckverband zum Zeitpunkt seines Ausscheidens aufgelöst würde. Es hat das Recht, die auf seinem Gebiet gelegenen Gegenstände des Anlagevermögens unter Anrechnung auf seinen Abfindungsanspruch zum geschätzten Zeitwert zu übernehmen. Der Abfindungsanspruch wird 2 Jahre nach dem Ausscheiden, spätestens im Falle der Auflösung des Zweckverbandes fällig. Die Beteiligten können für die Berechnung und Fälligkeit des Abfindungsanspruchs eine abweichende Regelung vereinbaren.

#### **§ 26**

##### **Inkrafttreten**

- (1) Diese Verbandssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 22. Januar 1960 zuletzt geändert durch 4. Änderungssatzung vom 10. Juni 2014 außer Kraft.

Dormitz, 16. Juni 2020

Holger Bezold  
Verbandsvorsitzender

7.

Landratsamt Forchheim  
-Dienststelle Ebermannstadt-  
Fachbereich Umweltschutz, Abfallrecht  
Az.: 44-1705.04-5

**Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);**

**Genehmigungsverfahren gem. § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) für wesentliche Änderungen des Kalksteinbruchs Gräfenberg der Fa. Bärnreuther + Deuerlein Schotterwerke GmbH & Co. KG, Dillberg 3, 92353 Postbauer-Heng,**

**Bekanntmachung  
gemäß § 5 Abs. 2 UVPG**

Die Fa. Bärnreuther + Deuerlein Schotterwerke GmbH & Co. KG, im Folgenden Fa. Bärnreuther + Deuerlein bzw. Antragstellerin genannt, hat unter Vorlage der erforderlichen Antrags- und Planunterlagen beim Landratsamt Forchheim Antrag auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für wesentliche Änderungen ihres seit vielen Jahren bestehenden Kalksteinbruchs in den Gemarkungen Gräfenberg, Walkersbrunn und Guttenburg gestellt. Folgende Änderungen wurden beantragt:

- 1.) Änderung der Rekultivierung und landschaftspflegerischen Begleitplanung in den bereits genehmigten Abbau- und Renaturierungsabschnitten A/R I bis A/R VIII,
- 2.) Änderung der Verfüllung in den o. a. Steinbruchflächen durch Anpassung der Verfüllkategorie und des Verfüllmaterials gem. Verfüll-Leitfaden von Kategorie A (Z 0-Material) nach C1 (Z 0- bis Z 1.2-Material),
- 3.) geringfügige Erweiterung des Steinbruchs um rd. 0,46 ha durch Eingliederung (Flächenarrondierung) des Grundstücks Fl.Nr. 634, Gemarkung Guttenburg.

Die beantragten Änderungen betreffen im Wesentlichen die Flächen der drei letzten Steinbrucherweiterungen in den Abbau- und Renaturierungsabschnitten A/R I bis A/R VIII, die mit Bescheiden des Landratsamtes Forchheim vom 20.06.1997 (A/R I, ca. 5 ha), vom 10.02.1999 (A/R II, ca. 3,6 ha) sowie vom 30.10.2006 (A/R III bis A/R VIII, ca. 20,1 ha) immissionsschutzrechtlich genehmigt wurden.

Die Flächen dieser Abbau- und Rekultivierungsabschnitte liegen innerhalb des im Regionalplan Oberfranken-West ausgewiesenen Vorranggebiets für die Kalksteingewinnung und sind auch weitgehend identisch mit den Flächen, die im Rahmen des von der Regierung von Oberfranken im Jahre 1992 durchgeführten Raumordnungsverfahrens für die zuletzt geplante Steinbrucherweiterung landesplanerisch positiv beurteilt worden sind.

Mit der Maßnahme unter Ifd. Nr. 1.) wird das Auffüllvolumen in den A/R I bis A/R VIII gegenüber der bisherigen Planung optimiert. Geplant ist eine zusätzliche Verfüllung von offenen Steinbruchsohlenflächen (ca. 4,72 ha in A/R I und A/R II) sowie eine teilweise Änderung der Auffüllhöhen, wodurch sich die Gesamtverfüllmenge auf 2,5 Mio. m<sup>3</sup> erhöht.

Mit der geplanten Maßnahme unter Nr. 2.) wird im Landkreis Forchheim erstmals eine lokale Einrichtung zur Verwertung von Bodenaushub mit Zuordnungswerten bis zu Z 1.2 geschaffen. Damit wird der geogenen Situation im Landkreis sowie dem dringen-

den örtlichen Bedarf nach einer derartigen Verwertungsmöglichkeit Rechnung getragen. Die Verfüllmenge soll dabei insgesamt auf max. 150.000 t/a begrenzt werden. Die bisher gültige immissionsschutzrechtliche Genehmigung für den Steinbruchbetrieb sieht keine Begrenzung der jährlichen Verfüllmenge vor. Neben Bodenaushub dürfen künftig auch rein mineralischer, vorsortierter Bauschutt sowie Gleisschotter als Fremdmaterial verfüllt werden (mit einem Anteil von max. 1/3 der jährlichen Verfüllmenge).

Die beantragte Maßnahme unter Ifd. Nr. 3.) wurde bereits umgesetzt. Auf dem Grundstück wurden Betriebswege und ein Lärmschutzwall (aus Aufschüttungen) errichtet. Lediglich eine Fläche von ca. 600 m<sup>2</sup> wurde zur Kalksteingewinnung abgebaut.

Das Vorhaben bedarf nach § 16 Abs. 1 BImSchG i. V. m. § 1 Abs. 1 und Nr. 2.1.1 des Anhangs der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt gem. § 13 BImSchG andere das Vorhaben betreffende behördliche Entscheidungen mit ein, nicht jedoch etwaige wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen nach den §§ 7 und 8 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG).

Das Genehmigungsverfahren wird nach § 10 BImSchG i. V. m. § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) der 4. BImSchV in einem förmlichen Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um ein Änderungsvorhaben i. S. v. § 2 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. a UVPG. Da für die von dem Vorhaben betroffenen Steinbruchflächen (außer Grundstück Fl.Nr. 634, Gemarkung Guttenburg) bereits im Rahmen des 1992 von der Regierung von Oberfranken durchgeführten Raumordnungsverfahrens sowie bei der letzten, im Jahr 2006 genehmigten Steinbrucherweiterung (um 20,1 ha) eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt wurde, beurteilt sich die UVP-Pflicht im vorliegenden Fall nach § 9 Abs. 1 UVPG.

Mit den jetzt geplanten bzw. beantragten Änderungen ist nur eine geringfügige Erweiterung der genehmigten Steinbruchflächen verbunden (um ca. 0,46 ha). Die Größenwerte für eine unbedingte UVP-Pflicht gem. § 6 UVPG i. V. m. Nr. 2.1.1 der Anlage 1 zum UVPG (25 ha) werden somit deutlich unterschritten. Eine Pflicht zur Durchführung einer UVP gem. § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UVPG besteht deshalb nicht.

Das Landratsamt Forchheim hat daher gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 4 i. V. m. § 7 Abs. 1 UVPG für das Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchgeführt, um festzustellen, ob für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nach den Vorschriften des UVPG besteht oder nicht.

In die Vorprüfung wurden auch die im Verfahren vorliegenden Fach- bzw. Sachverständigengutachten zur hydrogeologischen Situation im Steinbruch (Standortbeurteilung Ing.-Büro heka technik GmbH, Pegnitz, vom 18.07.2017) und zum Lärmschutz (Immissionsprognose LGA Immissionsschutz- und Arbeitsschutz GmbH, Nürnberg, vom 11.03.2019) sowie die eingegangenen Stellungnahmen der am Verfahren beteiligten Träger öffentlicher Belange und Fachbehörden einbezogen.

Das Wasserwirtschaftsamt Kronach und die Untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Forchheim haben dem Vorhaben aus Sicht des Gewässerschutzes sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege zugestimmt und die Erforderlichkeit einer UVP jeweils verneint. Auch die anderen am Verfahren beteiligten Träger

öffentlicher Belange und Fachbehörden haben dem Vorhaben zugestimmt bzw. keine grundsätzlichen Einwendungen dagegen erhoben.

Im Ergebnis hat das Landratsamt Forchheim nach überschlüssiger Prüfung unter Beachtung der vorliegenden Sachverständigengutachten und Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien gem. § 5 Abs. 1 UVPG festgestellt, dass durch das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind, die nach § 25 UVPG zu berücksichtigen wären, und dass für das Vorhaben damit auch keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Bundes und der Länder über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich. Außerdem wird die Feststellung, dass für das Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht, im Amtsblatt für den Landkreis Forchheim und in den Amtlichen Nachrichten und Mitteilungen der Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg öffentlich bekannt gegeben. Die Feststellung ist nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Ebermannstadt, 23.06.2020

gez.

Körner

Regierungsrätin

## Sparkasse Forchheim

1.

### Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches

Nach Durchführung des Aufgebotsverfahren gem. Art. 33 ff des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum BGB wurde durch die Sparkasse Forchheim folgendes Sparkassenbuch gemäß Art. 39 des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum BGB für kraftlos erklärt:

Sparkassenbuch Nr.:

3211088202 (sofern die aufgrund einer EDV-Umstellung neue Nummer bereits im Sparbuch erfasst ist), bzw.

1088202 (sofern die neue Nummer noch nicht im Sparbuch erfasst ist).

Forchheim, 18.06.2020

Sparkasse Forchheim

– Vorstand –

Dr. Maier

Reinsch

8.

Regierung von Oberfranken



Die Regierung von Oberfranken sucht zur Deckung des Personalbedarfes des Gesundheitsamtes im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zur befristeten Einstellung zum nächstmöglichen Zeitpunkt für das **Landratsamt Forchheim** mehrere

### Mitarbeiter (m/w/d) zur Ermittlung/Nachverfolgung von Kontaktpersonen und Unterstützung des Gesundheitsamtes

Detaillierte Informationen über die Modalitäten und Voraussetzungen, die Bestandteil dieser Stellenausschreibungen sind, finden Sie auf unserer Homepage unter:

[www.landkreis-forchheim.de/karriere](http://www.landkreis-forchheim.de/karriere)